



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN
ROBERT GRAF
Zl. 10.101/286-XI/A/1a/88

II-4873 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 12.7.1988

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold G r a t z

Parlament
1017 W i e n

2127 IAB

1988 -07- 13

zu 2316 J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2316/J betreffend Formaldehyd-Verordnung für Holzspanplatten und Holzfaserplatten, welche die Abgeordneten Dr. Dillersberger und Haigermoser am 10. Juni 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Ich darf auf die in der Anlage übermittelte Kopie des seinerzeitigen Aussendungsschreibens vom 14. April 1986, Zl. 33.255/8-III/11/86 (Beilage A), verweisen, mit dem der Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet wurde.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

In der Anlage übermittle ich die Kopien der im damaligen Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingelangten Stellungnahmen (Beilage B).

Wie aus diesen hervorgeht, wurden von den begutachtenden Stellen zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen zum Geltungsbereich (§ 1) und insbesondere zu dem in der Anlage zu diesem Verordnungsentwurf festgelegten Prüfverfahren vertreten.

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Von der Überarbeitung des Entwurfes wurde Abstand genommen, da die Auswertung des Begutachtungsverfahrens und der Äußerungen der in meinem Ressort befaßten Stellen ergab, daß insbesondere im Hinblick auf die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung um die Harmonisierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Prüfnormen und diesbezüglicher Vorschriften eine Regelung durch Verordnung zu diesem Zeitpunkt aus nachstehenden Gründen nicht als zielführend angesehen wurde:

1. In Österreich betrug die Produktion von Holzspanplatten im Jahr 1985 1,050.000 m³. Von dieser Jahresproduktion wurden 403.000 m³ im Inland abgesetzt und 582.000 m³ exportiert. Für das Jahr 1986 wurde mit dem gleichen Absatz gerechnet.

Die österreichische Holzspanplattenindustrie produzierte von sich aus seit Jahren nur noch Platten der niedrigen Emissionsklassen E 1 und E 2. Seit 1985 wurden nur mehr Holzspanplatten der Emissionsklasse E 1 ausgeliefert.

Der Import von Holzspanplatten betrug demgegenüber im Jahre 1985 81.600 m³, der größte Importanteil fiel auf die BRD mit 56.200 m³. Bis September 1986 wurden an Holzspanplatten 56.600 m³ importiert, davon aus der BRD 41.100 m³.

2. Auf Initiative der österreichischen Spanplattenindustrie wurde ein neues Prüfzeichen für österreichische E 1-Spanplatten herausgegeben, das auf einer regelmäßigen Kontrolle der heimischen E 1-Spanplattenproduktion durch das Österreichische Holzforschungsinstitut, einer staatlich autorisierten Prüfanstalt, beruht.

- 3 -

3. In der Bundesrepublik Deutschland wurde aufgrund des Chemikaliengesetzes am 26. August 1986 die Verordnung über gefährliche Stoffe (Gefahrstoff-Verordnung) erlassen.

§ 9 Abs.3 dieser Verordnung verbietet das Inverkehrbringen von Holzwerkstoffen (Spanplatten, beschichteten Spanplatten, Tischlerplatten, Furnierplatten und Faserplatten), wenn die durch den Holzwerkstoff verursachte Ausgleichskonzentration des Formaldehyds in der Luft eines Prüfraumes $0,1 \text{ ml/m}^3$ (ppm) überschreitet. Die Ausgleichskonzentration ist nach einem Prüfverfahren zu messen, das dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Das Bundesgesundheitsamt veröffentlicht im Einvernehmen mit der Bundesanstalt für Materialprüfung nach Anhören von Sachverständigen Prüfverfahren, die diesen Anforderungen entsprechen.

§ 9 Abs.4 leg.cit verbietet das Inverkehrbringen von Möbeln, wenn sie Holzwerkstoffe enthalten, die nicht den Anforderungen des Absatzes 3 entsprechen.

Gemäß § 9 Abs.5 dieser Vorschrift dürfen Wasch-, Reinigungs- und Pflegemittel (ausgenommen Industriereiniger) mit einem Massegehalt von mehr als 0,2 von Hundert Formaldehyd nicht in den Verkehr gebracht werden.

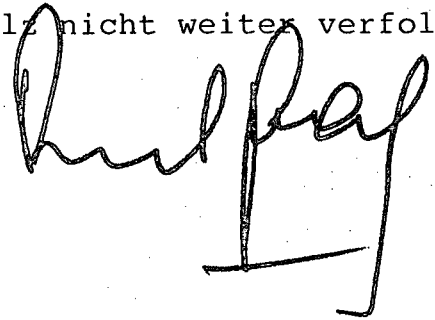
Einschlägige im Jahre 1987 gepflogene Kontaktnahmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Bonn ergaben, daß sich bei Erarbeitung der Prüfverfahren zur Feststellung obiger Emissionswerte von Formaldehyd aus Holzwerkstoffen und Möbeln erhebliche Probleme wissenschaftlich-technischer Art ergeben haben, jedoch die Fertigstellung dieser Prüfverfahren bis Ende 1987 in Aussicht genommen wurde.

./4

- 4 -

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Im Hinblick auf die durch das Chemikaliengesetz nunmehr gegebene Möglichkeit einer umfassenden Lösung der Formaldehydproblematik im Wege einer chemikalienrechtlichen Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, die der Gefahrstoff-Verordnung der BRD nachgebildet werden soll, wird das Vorhaben einer auf § 69 Abs.1 GewO 1973 gestützten Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz nicht weiter verfolgt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. P. P.' or similar, with a large, stylized 'P' at the end.



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Geschäftszahl 33.255/8-III/11/86

Entwurf einer Verordnung des Bundes-
ministers für Handel, Gewerbe und In-
dustrie über Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaserplatten und
Platten aus Sperrholz;
Begutachtungsverfahren

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

OR Dr. Smolka Franziska

Klappe 5825 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

An das/den/die

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
2. Bundesministerium für Bauten und Technik
3. Bundesministerium für Finanzen
4. Bundesministerium für Familien, Jugend und Konsumentenschutz
5. Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz
6. Bundesministerium für Inneres
7. Bundesministerium für Justiz
8. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
9. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
10. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
Sektion V
11. Bundesministerium für soziale Verwaltung
12. Rechnungshof
13. Herren Landeshauptmänner
14. Verbindungsstelle der Bundesländer
15. Bundeswirtschaftskammer
16. Landeskammern der gewerblichen Wirtschaft
17. Österreichischen Arbeiterkammertag
18. Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
19. Österreichischen Landarbeiterkammertag
20. Bundes-Ingenieurkammer
21. Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe Österreichs
22. Österreichischen Gewerkschaftsbund
23. Vereinigung Österreichischer Industrieller
24. Vereinigung Österreichischer Chemiker
25. Österreichischen Verband der Markenartikelindustrie

- 2 -

26. Österreichische Normungsinstitut
27. Institut für gerichtliche Medizin der Universität Wien
z.Hd.Prof.Dr.Gottfried Machata
28. Chemisch-technische Labor der MA 39, Versuchs- und
Forschungsanstalt der Stadt Wien
29. Österreichische Holzforschungsinstitut
30. Verein für Konsumenteninformation
31. Österreichischen Städtebund
32. Österreichischen Gemeindebund

Gemäß § 69 Abs.1 der GewO 1973 kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie zur Vermeidung einer Gefährdung von Leben oder Gesundheit von Menschen durch Verordnung festlegen, welche Maßnahmen die Gewerbetreibenden bei der Gewerbeausübung hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsstätten, hinsichtlich der Waren, die sie erzeugen oder verkaufen oder deren Verkauf sie vermitteln, hinsichtlich der Einrichtungen oder sonstigen Gegenstände, die sie zur Benützung bereithalten, oder hinsichtlich der Dienstleistungen, die sie erbringen, zu treffen haben.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat einer diesbezüglichen Anregung des Produktsicherheitsbeirates folgend nach eingehenden Kontaktnahmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, dem Bundesministerium für soziale Verwaltung, Univ.Prof.Dr. Gottfried Machata vom Institut für Gerichtliche Medizin der Universität Wien, dem Österreichischen Normungsinstitut und dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in der Bundesrepublik Deutschland und im Zusammenwirken mit den genannten österreichischen Stellen sowie mit dem Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz, dem chemisch-technischen Labor der MA 39, Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien und dem Österreichischen Holzforschungsinstitut von der obzitierten Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht und den beiliegenden Verordnungsentwurf ausgearbeitet.

- 3 -

Ziel dieses Verordnungsentwurfes ist es, sicherzustellen, daß Gewerbetreibende nur Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz für die Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen verkaufen dürfen, durch die das Leben oder die Gesundheit von Menschen nicht oder nur in einem unbedenklichen Ausmaß belastet werden.

Zur Prüfung der allfälligen Formaldehyd-Emission solcher Platten wurde das in der Anlage unter Ziffer 1 angeführte Prüfverfahren ausgearbeitet.

Für die Ermittlung der Ausgleichskonzentration des Formaldehyds in der Luft des Prüfraumes wurden in Ziffer 2 der Anlage jene Analysenmethoden herangezogen, die auch in der MAK-Werte-Liste 1984 (siehe Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, XLI. Jahrgang, Nummer 1, vom 31. Jänner 1985) angeführt sind.

Die Durchführung der vorgeschlagenen Verordnung wird dem Bund keinen vermehrten Verwaltungsaufwand und keine erhöhten Verwaltungskosten bringen.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ersucht um Stellungnahme zu dem Verordnungsentwurf bis spätestens 12. Juni 1986. Sollte bis dahin keine Stellungnahme einlangen, so darf das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie annehmen, daß der in Rede stehende Verordnungsentwurf keinen Anlaß zu do. Bemerkungen gibt.

Wien, am 14. April 1986

Der Bundesminister:

S t e g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schöb

Beilage zu Zl. 33.255/8-III/11/86

E n t w u r f
V e r o r d n u n g

des Bundesministers für Handel, Gewerbe
und Industrie vom über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holz-
faserplatten und Platten aus Sperrholz

Auf Grund des § 69 Abs.1 der Gewerbeordnung 1973, BGBl.
Nr. 50/1974, wird verordnet:

§ 1. Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Holzspanplatten die in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3002, ausgegeben am 1. Dezember 1984, fallenden Platten,
2. Holzfaserplatten die im Trockenverfahren hergestellten, in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3005, ausgegeben am 1. Feber 1986, fallenden Platten,
3. Platten aus Sperrholz die in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3008, ausgegeben am 1. Feber 1986, fallenden Platten.

§ 2. Gewerbetreibende dürfen nur solche Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz verkaufen, die

1. in unbeschichtetem (rohem) Zustand, gemessen nach der in der ÖNORM EN 120, ausgegeben am 1. Juni 1985, festgelegten Perforator-methode, der in der ÖNORM B 3002 bestimmten
 - a) Emissionsklasse E1 angehören und mit dem deutlich sichtbaren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Zeichen "E1" versehen oder grün eingefärbt sind oder
 - b) Emissionsklasse E2 oder E3 angehören und sowohl das Zeichen "E2" bzw. "E3" als auch einen Hinweis darauf, daß die unbeschichteten Platten wegen ihrer Formaldehyd-Emission nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen bestimmt sind, deutlich sichtbar und lesbar sowie dauerhaft tragen;

- 2 -

2. in beschichtetem Zustand

- a) bei Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen, die Luft eines Innenraumes entsprechend den Prüfbedingungen des § 3 mit nicht mehr als 0,1 ppm (entspricht 0,12 mg/m³) Formaldehyd belasten können oder
- b) einen deutlich sichtbaren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Hinweis darauf tragen, daß sie wegen ihrer Formaldehyd-Emission nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen bestimmt sind.

§ 3. Zur Ermittlung der Belastung der Luft von Innenräumen durch von Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz emittiertes Formaldehyd ist das in der Anlage festgelegte Prüfverfahren oder ein diesem Verfahren wissenschaftlich zumindest gleichwertiges Verfahren anzuwenden.

Anlage

(§ 3)

Verfahren zur Ermittlung der von Holzspanplatten, Holz-faserplatten oder Platten aus Sperrholz verursachten Formaldehydkonzentration in der Luft von geschlossenen Räumen

1. Prüfraum:

Das Prüfraumvolumen muß mindestens 20 m³ betragen. Der Prüfraum darf nur eine Beschickungsöffnung und die für die Prüfung notwendigen sonstigen Öffnungen aufweisen. Die Beschickungsöffnung muß dicht verschließbar sein. Für die Entnahme einer repräsentativen Probe der Prüf-raumlufte ist eine hierfür geeignete Einrichtung vorzusehen. Im Prüfraum dürfen sich nur Gegenstände befinden, die für die Prüfung erforderlich sind.

Die zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz müssen so im Prüfraum situiert werden, daß jeweils die beiden Oberflächen jeder Platte (Ober- und Unterseite) sowie die Schmalflächen jeder Platte (Platten-dicke) von Luft umgeben sind. Zur Halterung und Fixierung der Platten dürfen Klammern, Greifer oder Abstützungen verwendet werden, die je Platte insgesamt höchstens 20 cm² Plattenoberfläche abdecken.

Die Beladung des Prüfraumes muß je m³ Prüfraumvolumen 1 m² Oberfläche der in den Prüfraum eingebrachten Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz betragen. Bei der Berechnung der Oberflächen der Holzspanplatten, Holz-faserplatten oder Platten aus Sperrholz für die Beladung des Prüfraumes bleiben die Schmalflächen der Platten unbe-rücksichtigt.

Der Prüfraum ist nach dem Beladen mit den zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz zu verschließen und während einer Zeitdauer von mindestens 48 Stunden bei einer Raumtemperatur von 23 °C ± 1 °C und einer relativen Luftfeuchtigkeit von 45 % ± 3 % verschlossen

- 2 -

zu halten. Während des Prüfzeitraums ist für einen kontinuierlichen Luftwechsel im Ausmaß von einem Wechsel je Stunde und für eine gleichmäßige Luftdurchmischung im Prüfraum zu sorgen.

2. Analysenmethoden:

Nach Ablauf des Prüfzeitraums ist die Konzentration des Formaldehyds in der Luft des Prüfraumes nach den von der Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft - Arbeitsgruppe "Analytische Chemie" herausgegebenen "Analytischen Methoden" zur Bestimmung von Formaldehyd in der Luft (Band 1, Methoden 1 und 2, zu beziehen vom Verlag Chemie, D-6940, Weinheim/Bergstraße) oder nach einem diesen Methoden wissenschaftlich zumindest gleichwertigen Analyseverfahren zu ermitteln.

"BEILAGE B"

VERBINDUNGSSTELLE DER BUNDESLÄNDER
beim Amt der NÖ Landesregierung

VST- 133/134-1986 ✓

Wien, am

Betrifft

1014

Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz;
Entwurf - Stellungnahme

An das
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1010 Wien

Die Verbindungsstelle der Bundesländer beehrt sich, beigeschlossen die im
Gegenstande vom Amt der OÖ Landesregierung abgegebene Stellungnahme zu
übermitteln.

Der Leiter

(Dr. MEIRER)

24. JUNI 1986

VST-904

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Eingel. 23. JUNI 1986	
Zl. 33255/17	17. Aktion Bis.

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 400116/4 - G1

Linz, am 6. Juni 1986

DVR.0069264

Verordnung über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten,
Holzfaserplatten und Platten
aus Sperrholz;
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 33.255/8-III/11/86 vom 14. April 1986

An das

Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1011 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 14. April 1986 versandten Verordnungsentwurf
wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 2:

a) Die Absicht des Entwurfs ist offenbar darauf gerichtet,
nur den Verkauf von Holzspanplatten durch Gewerbetrei-
bende in bestimmter Weise dadurch zu regeln, daß für eben
diese Platten - sofern sie verkauft werden - (beispiels-
weise vom Erzeuger/Zwischenhändler an Tischlereien) be-
stimmte Eigenschaften gefordert werden.

Nach h. Auffassung scheint fraglich, ob dieses Konzept in
ausreichender Weise auch dem hier mitzuberücksichtigenden
Anliegen der Endverbraucher - etwa bei der Verwendung von
Spanplatten im Möbelbau - entgegenkommt.

Auf der Grundlage des Entwurfs wird nämlich für den Käu-
fer regelmäßig nicht ersichtlich sein, ob neue Möbel mit

- 2 -

zulässigem Rohmaterial gefertigt wurden. Bisher haben sich in Oberösterreich in der Praxis bezüglich Spanplatten nur Probleme mit Möbel bzw. nach deren Aufstellung in Wohn-, Schlafräumen und dgl. ergeben.

Der Entwurf sollte jedenfalls auch die Verarbeitung der Spanplatten zu Endprodukten miterfassen. Die Verwendung zugelassener Rohplatten sollte für den Käufer sichtbar und verständlich am Endprodukt ablesbar sein und es sollte ihm auf diese Weise die Gewißheit über das unbedenkliche Aufstellen der Möbel in Wohnräumen, Schulräumen und dgl. verschafft werden. Nach h. Auffassung scheinen derartige Verordnungsregelungen auf § 69 Abs. 1 GewO. 1973 im Zusammenhang mit anderen einschlägigen Gesetzesbestimmungen abstützbar.

- b) Aus fachlicher Sicht von Bedeutung ist die vom Entwurf vorgenommene Unterscheidung zwischen beschichteten und unbeschichteten Platten.

Unbeschichtete (rohe) Platten werden nach der Europäischen Norm EN 120 (Perforator-Methode) geprüft und je nach Gehalt an freiem Formaldehyd (Perforatorwert) den Emissionsklassen E 1 bis E 3 zugeordnet, wobei in Innenräumen nur unbeschichtete Platten der Klasse E 1 verwendet werden dürfen. Für die Emissionsklasse E 1 wird nach den Erläuterungen zur ÖNORM B 3002 eine Emissionslast im Raum unter 0,1 ppm angenommen. Dies gibt insofern Anlaß zu Bedenken, als der nach der Europäischen Norm EN 120 ermittelte "Perforatorwert" lediglich den "Formaldehydgehalt" der geprüften Platte angibt, jedoch keine Aussage über die Formaldehydabgabe der Platten an den Raum zuläßt (Zitat aus EN 120: "Es besteht nicht unbedingt eine Korrelation zwischen dem Perforatorwert und der Formaldehydabgabe der Platte."). Es sollte geprüft werden, ob nicht auch für unbeschichtete Platten jene Prüfmethode anzu-

- 3 -

wenden wäre, die zufolge des § 3 des Entwurfs für beschichtete Platten vorgesehen ist. Dies würde nach h. fachlicher Ansicht neben einer genauen Aussage über die Größe der Emission von unbeschichteten Platten auch einen Vergleich mit beschichteten Platten zulassen und - gerade im Hinblick auf die vom Entwurf zielgesetzte Vermeidung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen - die Sicherheit der Anwendung auch von unbeschichteten Platten erhöhen.

Zu § 3:

Die Prüfmethode für beschichtete Platten wird im § 3 festgelegt. Es handelt sich dabei um ein Verfahren zur Ermittlung der von Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Sperrholzplatten hervorgerufenen Formaldehyd-Konzentration in der Luft von geschlossenen Räumen. Gegen die im § 3 (seiner Anlage) beschriebene Methode bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß laut Erläuterungen zur ÖNORM B 3002 die Emission von Formaldehyd nur verstärkt über die Schmalfläche der Platten erfolgt. In der Prüfmethode wird zwar gefordert, daß die Schmalflächen der zu prüfenden Platten von Luft umgeben sein müssen, auf eine exakte Erfassung dieser Flächen (z.B. in m^2 pro m^3 -Prüfraumvolumen oder als Verhältniszahl der Schmalflächen zur gesamten Oberfläche) wird allerdings verzichtet, obwohl auf diese Weise eine bessere Interpretation des Prüfergebnisses möglich wäre.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:





BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien
Postfach 195

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1010 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Eingel. 25. JUNI 1986	
Zl. 33.255/35	Sektion Bfg.

Ihre Zahl/Nachricht vom

33.255/8-III/11/86 X
vom 14.4.1986

Unsere Zahl/Sachbearbeiter

RGp 140/86/Ka/BTV ✓

(0222) 65 05

4271 DW

Datum

17.6.1986

Betreff

Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaserplatten und
Platten aus Sperrholz; Entwurf

Zu dem mit oa Note übermittelten Entwurf nimmt die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wie folgt Stellung:

Der vorgelegte Entwurf hat in weiten Kreisen Besorgnisse in der Richtung entstehen lassen, daß die geplanten Regelungen vor allem bei ihrer Durchführung zu einer Benachteiligung österreichischer Produzenten gegenüber Anbietern aus dem Ausland führen könnten. Es wurde daher vielfach die Ansicht vertreten, daß das Tatbestandsmerkmal des Verkaufs im § 2 Einleitungssatz zu eng sei und - soweit dies mit der Verordnungsermächtigung des § 69 Abs 1 GewO in Einklang steht - hier auf das "Inverkehrsetzen" abzustellen wäre.

Zu § 1 Z 2

Hier wäre anzufügen: "Ausgenommen sind Hartfaserplatten, welche nach dem Naßverfahren hergestellt werden - sie weisen eine deutliche Siebmarkierung auf - und Holzfaser-Isolierbauplatten".

40 JAHRE Bundeswirtschaftskammer
Arbeit für Österreich und seine Wirtschaft

Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

Telex 111871 BUKA
Teletex (61) 3222138 BWK
Telefax (0 22 2) 65 25 01
www.parlament.gv.at

Telegrammadresse
BUWIK

Creditanstalt-Bankverein
Konto Nr. 0020-95032/00
BLZ 11000

DVR
0043010

- 2 -

Zu § 2

Die Bundeskammer spricht sich dafür aus, die Emissionsklasse E 3 aus der Regelung überhaupt herauszunehmen. In Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland werden ja nur mehr Platten mit E 1 und E 2-Werten für den Innenausbau produziert. Mit einer Eliminierung der Emissionsklasse E 3 könnte auch erreicht werden, daß die Kennzeichnung praxisgerechter gestaltet werden kann. Es sollte dabei eher auf eine "positive" Kennzeichnung abgestellt werden, nämlich darauf, durch die Kennzeichnung herauszustreichen, daß es sich um die emissionsschwächste Platte handelt. Ungekennzeichnete Platten wären dann automatisch als E 2-Platten erkennbar.

Die im Entwurf vorgesehene Kennzeichnung bzw. Einfärbung ist auf den Sichtflächen praktisch nicht durchführbar. Sie wäre nur auf den Schmalflächen möglich, auf den Sichtflächen würde sie hingegen die Platten für bestimmte Verwendungszwecke von vornherein unbrauchbar machen. Dies gilt insbesondere auch für beschichtete Platten. Es wird aber andererseits vorgeschlagen, entsprechende Hinweise auf Lieferscheinen oder Rechnungen zu verlangen.

Da bislang in Österreich kein Prüfraum zur Verfügung steht, sollte die Klassifizierung von Platten in beschichtetem Zustand außer durch einen Test im Prüfraum auch durch Laborprüfverfahren möglich sein. Es wird dazu angeregt, als geeignete Laborprüfmethode die "Bestimmung der Formaldehydabgabe durch Gasanalyse" (DIN 52368, September 1984) in Erwägung zu ziehen.

Das in der Anlage vorgeschriebene Prüfverfahren entspricht nach Ansicht der Bundeskammer nicht den im Wohnbereich üblichen Verhältnissen. Es gilt als Faustregel, daß bei Raumtiefen von weniger als 7 m über Fensterfugen, Türen usw. ein zumindest zweimaliger Luftwechsel pro Stunde erreicht wird. Dieser zwei- bis dreifache Luftwechsel wird auch in der Fachliteratur als unterste Grenze der natürlichen Lüftung angenommen. Daher sollte auch im gegenständlichen Prüfverfahren ein zweimaliger Luftwechsel je Stunde vorgesehen werden.

Es wäre wohl auch nötig, eine sechsmonatige Übergangsfrist für den Abverkauf von Restbeständen vorzusehen.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident

Der Generalsekretär:

The block contains two handwritten signatures. The signature on the left is written over a circular official stamp of the Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. The signature on the right is written over a rectangular official stamp. Both stamps contain the text 'BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT' and 'WIEN'.



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
10. Juni 1986	
Section	Blg.

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600.619/4-V/5/86

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

1010 W i e n

DRINGEND
10. Juni 1986

Sm

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Azizi

2373

33.255/8-III/11/86
14. April 1986

Betrifft: Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für
Handel, Gewerbe und Industrie über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und
Platten aus Sperrholz;
Begutachtung

Der mit oz. Note übermittelte Verordnungsentwurf gibt dem Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Zu den §§ 1 und 2:

Aus prinzipiellen rechtsstaatlichen Erwägungen erscheint es unerläßlich, daß der wesentliche Inhalt von Rechtsnormen dem Rechtsunterworfenen bekannt gemacht wird. Diesem Ziel dient in erster Linie die Kundmachung in den hiefür vorgesehenen Kundmachungsorganen. Soweit durch die vorliegende Verordnung ÖNORMEN zum Teil oder zur Gänze für rechtlich bindend erklärt werden bzw. soweit der vorliegende Verordnungsentwurf an die Einhaltung bzw. Nichteinhaltung von ÖNORMEN Rechtsfolgen knüpft, erscheint es daher unerläßlich, daß zumindest die Fundstelle dieser ÖNORMEN bzw. der Ort und Zeitpunkt möglicher Einsichtnahme in den Inhalt von ÖNORMEN sowie möglichen Erwerbs von ÖNORMEN im Rahmen einer derartigen Verordnung verlautbart werden.

- 2 -

Eine entsprechende Ergänzung des vorliegenden Entwurfs erscheint somit dringend erforderlich.

Zu § 3:

Im Hinblick auf die mangelnde Bestimmtheit der Wortfolge "... ein diesem Verfahren wissenschaftlich zumindest gleichwertiges Verfahren ..." wird angeregt, an die Stelle dieser Wortfolge beispielsweise folgende Formulierung zu setzen: "... ein Verfahren von zumindest gleicher Meßgenauigkeit ...".

Zur Anlage:

Zu Punkt 1 ("Prüfraum"):

Gemäß dem zweiten Satz des zweiten Absatzes dürfen zur Halterung und Fixierung der Platten Klammern, Greifer oder Abstützungen verwendet werden, die je Platte insgesamt höchstens 20 cm^2 Plattenoberfläche abdecken. Es fehlt jedoch in den gesamten übrigen Bestimmungen betreffend die Versuchsanordnung eine Regelung über die Größe der zu prüfenden Einzelplatten. Das könnte bedeuten, daß das Meßergebnis dadurch verzerrt wird, daß anstelle weniger, jedoch großer Platten zahlreiche verhältnismäßig kleine Platten eingesetzt werden, von deren Oberfläche jeweils 20 cm^2 durch Klammern etc. abgedeckt werden. Eine derartige Meßvorschrift erscheint im Hinblick auf den im verfassungsrechtlich verankerten Gleichheitssatz enthaltenen Sachlichkeitsgebot problematisch, weil eine derartige, auf § 69 Abs. 1 der Gewerbeordnung 1973 gestützte Verordnung es gestatten würde, ungleiche Rechtsfolgen an gleichartige Sachverhalte bzw. gleiche Rechtsfolgen an ungleichartige Sachverhalte zu knüpfen.

Um diese Gleichheitswidrigkeit zu vermeiden, wäre es notwendig, wenigstens die erforderliche Mindestgröße der in die Versuchsanordnung einzubeziehenden Einzelplatten besonders festzulegen. Ohne eine entsprechende Ergänzung würde sich im übrigen eine Möglichkeit zur Umgehung des angestrebten Normzwecks anbieten.

- 3 -

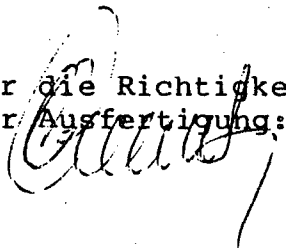
Ob und inwieweit der Begriff "gleichmäßige Luftdurchmischung" am Ende des letzten Absatzes in verfassungskonformer Weise hinreichend vorherbestimmt ist, bleibt der do. Beurteilung überlassen.

Zu Punkt 2 ("Analysemethoden"):

Es erscheint vom Standpunkt der notwendigen Publizität, also der verfassungsrechtlich gebotenen Zugänglichkeit des Inhalts von Rechtsnormen für den Rechtsunterworfenen, nicht als ausreichend, wenn bloß auf ein bestimmtes wissenschaftliches Werk und dessen Verlag verwiesen wird. Im Gegensatz zu den ÖNORMEN (siehe oben), bei denen allenfalls ein Hinweis auf mögliche Einsichtnahme- und Beschaffungsgelegenheiten beim Österreichischen Normungsinstitut als einer staatlich anerkannten Standardisierungsinstitution hinreichen mögen, erscheint es nicht als ausreichend, lediglich auf den Inhalt eines - noch dazu nur im Ausland erhältlichen - wissenschaftlichen Werkes zu verweisen. Diesfalls müßte Punkt 2 der Anlage - ähnlich wie dies beispielsweise in der Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung der Fall ist - das wissenschaftliche Verfahren als Normbestandteil selbst enthalten und wiedergeben. Der bloße Hinweis auf Werk und Verlag reicht für eine rechtsstaatlichen Vorstellungen genügende Publizität nicht aus.

6. Juni 1986
Für den Bundesminister:
Okresek

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



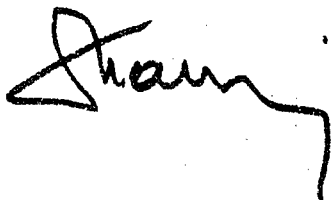
**ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND**1010 WIEN, JOHANNESG. 13
TELEFON: 52 14 80An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie
Stubenring 1
1011 WIENWien, am 25. April 1986
Zl.: 000-14/86

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
29. APR. 1986	
Zl. 33255/P	118 16

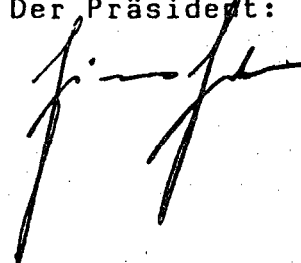
11
8/86
v. H. Se.
Sindel

Bezug: Zl. 33.255/E-III/11/86Betr.: Entwurf einer Verordnung des Bundes-
ministers für Handel, Gewerbe und Industrie
über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspan-
platten, Holzfaserplatten und Platten aus
Sperrholz;

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich
zu obigem Bezug mitzuteilen, daß gegen den oben zitier-
ten Gesetzentwurf keine grundsätzlichen Bedenken oder
Einwendungen bestehen, die namens der Gemeinden geltend
zu machen wären.

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

Der Präsident:



INSTITUT FÜR GERICHTLICHE MEDIZIN DER UNIVERSITÄT WIEN

Vorstand: Prof. Dr. Wilhelm Holczabek · A-1090 Wien, Sensengasse 2 · Telefon 42 47 61, 42 62 78, 42 62 79

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1011 W i e n

Wien, am 22. 5. 1986

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel. 23. MAI 1986	
Zl. 1535	15. Sektion Blg.

Ihr Zeichen: GZ 33.255/B- Ihr Schreiben vom
III/11/86

Unser Zeichen = Tgb.-Nr.: Ma/att.-

Betrifft: Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten,
Holzfaserplatten und Platten
aus Sperrholz.

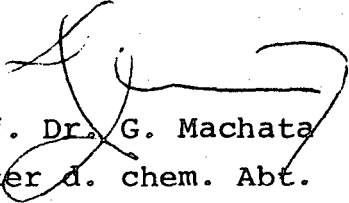
Gerichtl. Sachverständiger:

Der übersandte Entwurf der gegenständlichen Verordnung entspricht den einvernehmlich beschlossenen Richtlinien der Sitzung vom 3. April 1986 und erscheint sehr geeignet, in auch relativ einfacher Form eine Prüfung von Holzplatten auf Formalin zu vollziehen. Dies lag auch in der Absicht der Mehrzahl der Sitzungsteilnehmer verschiedener Institutionen und auch Herstellungsbetriebe, eine Kontrolle hinsichtlich der Formalinemission zu ermöglichen.

Vom Gefertigten ist dem Entwurf nichts hinzuzufügen;
es wird ihm vollinhaltlich zugestimmt.

b. w.

Nach Ansicht des Gefertigten ist dieser Entwurf hinsichtlich seiner Praktikabilität auch den deutschen Richtlinien überlegen.



Prof. Dr. G. Machata
Leiter d. chem. Abt.

ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGSMUSEUM
ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGSMUSEUM
DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR HOLZFORSCHUNG
1030 WIEN, Arsenal, Fr.-Grill-Straße 7
(ÖSTERREICH)

an Hrn./Fr. OR Dr. Franziska S M O L K A

mit der Bitte um:

- ☒ Kenntnisnahme ☐ Retourenierung
☐ Erledigung ☐ Rückruf
☐ Rücksprache ☐ Unterfertigung
☐ Stellungnahme

Bundesministerium
für Handel, Gewerbe und
Industrie

Eingel. 23. MAI 1986

Zl. 33.255/13 /Blg.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, 22. Mai 1986 (Prof. Dr. techn. h. c. H. Neußer)

Tel. 0 22 2 / 78 26 23-0 DW 15 (30)

Beilage zu Zl. 33.255/8-III/11/86

E n t w u r f
V e r o r d n u n g

des Bundesministers für Handel, Gewerbe
und Industrie vom über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holz-
faserplatten und Platten aus Sperrholz

Auf Grund des § 69 Abs.1 der Gewerbeordnung 1973, BGBl.
Nr. 50/1974, wird verordnet:

§ 1. Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Holzspanplatten die in den Anwendungsbereich der ÖNORM
B 3002, ausgegeben am 1. Dezember 1964, fallenden Platten,
2. Holzfaserplatten die im Trockenverfahren hergestellten, in
den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3005, ausgegeben am
1. Feber 1986, fallenden Platten,
3. Platten aus Sperrholz die in den Anwendungsbereich der
ÖNORM B 3008, ausgegeben am 1. Feber 1986, fallenden Platten.

§ 2. Gewerbetreibende dürfen nur solche Holzspanplatten,
Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz verkaufen, die

1. in unbeschichtetem (rohem) Zustand, gemessen nach der in der
ÖNORM EN 120, ausgegeben am 1. Juni 1985, festgelegten Perforator-
methode, der in der ÖNORM B 3002 bestimmten
 - a) Emissionsklasse E1 angehören und mit dem deutlich sicht-
baren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Zeichen
"E1" versehen oder grün eingefärbt sind oder
 - b) Emissionsklasse E2 oder E3 angehören und sowohl das
Zeichen "E2" bzw. "E3" als auch einen Hinweis darauf, daß
die unbeschichteten Platten wegen ihrer Formaldehyd-Emission
nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu
Innenräumen bestimmt sind, deutlich sichtbar und lesbar
sowie dauerhaft tragen;

- 2 -

2. in beschichtetem Zustand

- a) bei Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen ^{im Normzustand} die Luft eines Innenraumes entsprechend den Prüfbedingungen des § 3 mit nicht mehr als 0,1 ppm (entspricht 0.12 mg/m³) Formaldehyd belasten können oder
- b) einen deutlich sichtbaren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Hinweis darauf tragen, daß sie ^{unbeschichtet} wegen ihrer Formaldehyd-Emission nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen bestimmt sind.

§ 3. Zur Ermittlung der Belastung der Luft von Innenräumen durch von Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz emittiertes Formaldehyd ist das in der Anlage festgelegte Prüfverfahren oder ein diesem Verfahren wissenschaftlich zumindest gleichwertiges Verfahren anzuwenden.

Anlage

(§ 3)

Verfahren zur Ermittlung der von Holzspanplatten, Holz-
faserplatten oder Platten aus Sperrholz verursachten Formal-
dehyd^{emission}konzentration in der Luft von geschlossenen Räumen

Die Prüfung ist 7 bis 14 Tage nach der Herstellung der Platten durchzuführen, wobei diese zwischen Entnahme und Prüfung gasdicht zu verpacken sind (Normzustand). Die Prüfung kann bei daraus hergestellten Fertigprodukten auch zu einem anderen Zeitpunkt angewandt werden, doch ist dann die Zwischenzeit anzugeben (Istzustand). Alle Ergebnisse gelten nur für die genormten Prüfbedingungen.

1. Prüfraum:

Das Prüfraumvolumen muß mindestens 20 m³ betragen.

Der Prüfraum darf nur eine Beschickungsöffnung und die für die Prüfung notwendigen sonstigen Öffnungen aufweisen.

~~Die Beschickungsöffnung muß~~ ^{Alle} ~~verschließbar sein,~~ ^{daß der vorgesehene Lu-}
^{wechsel eingehalten wird}

Für die Entnahme einer repräsentativen Probe der Prüf-
raumluft ist eine hierfür geeignete Einrichtung vorzusehen.

Im Prüfraum dürfen sich nur Gegenstände befinden, die für die Prüfung erforderlich sind.

Die zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz müssen so im Prüfraum situiert werden, daß jeweils die beiden ^{Brust} ~~Seiten~~ flächen jeder Platte (Ober- und Unterseite) sowie die Schmalflächen jeder Platte (Platten-
dicke) von Luft umgeben sind. Zur Halterung und Fixierung der Platten dürfen Klammern, Greifer oder Abstützungen verwendet werden, die je Platte insgesamt höchstens 20 cm² Plattenoberfläche abdecken.

Die Beladung des Prüfraumes muß je 1 m³ Prüfraumvolumen 1 m² Oberfläche der in den Prüfraum eingebrachten Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz betragen. Bei der Berechnung der Oberflächen der Holzspanplatten, Holz-
faserplatten oder Platten aus Sperrholz für die Beladung des Prüfraumes bleiben die Schmalflächen der Platten unberücksichtigt. ^{Jeder einzelne Plattenabschnitt hat eine Abmessung von 1 m x 2 m x Dicke; ausserfalls sind die Größen anzugeben.}

Der Prüfraum ist nach dem Beladen mit den zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperr-
holz ^{in einem Rhythmus des Vergleichsversuchs, geschlo-}
^{und höchstens 240 Minuten} während einer Zeitdauer von mindestens 48 Stunden bei einer Raumtemperatur von 23 °C ± 1 °C und einer relativen Luftfeuchtigkeit von 45 % ± 3 % verschlossen

- 2 -

zu halten. Während des Prüfzeitraums ist für einen kontinuierlichen Luftwechsel im Ausmaß von einem Wechsel je Stunde und für eine gleichmäßige Luftdurchmischung im Prüfraum zu sorgen.

2. Analysenmethoden:

Erreichen des Ausgleichszustandes
Nach ~~(Ablauf des Prüfzeitraums)~~ ist die Konzentration des Formaldehyds in der Luft des Prüfraumes nach den von der Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft - Arbeitsgruppe "Analytische Chemie" herausgegebenen "Analytischen Methoden" zur Bestimmung von Formaldehyd in der Luft (Band 1, Methoden 1 und 2, zu beziehen vom Verlag Chemie, D-6940, Weinheim/Bergstraße) oder nach einem diesen Methoden wissenschaftlich zumindest gleichwertigen Analyseverfahren zu ermitteln *und als Materialkennzahl zu verstehen.*

VERBAND**österreichischer
Händler**

1040 Wien, Schwarzenbergplatz 14/III · Tel. (0222) 65 42 85

mit Holz & HolzwerkstoffenBundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

Stubenring 1

1040 W i e n

28. MAI 1986

Zustimmung	
28. MAI 1986	
Z. 11/86	Section
	Clg

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen Mag. F/G

Wien, 1986 05 27

Jm

Betrifft: Geschäftszahl 33.255/8-III/11/86
 Entwurf einer Verordnung des Bundes-
 ministers für Handel, Gewerbe und In-
 dustrie über Schutzmaßnahmen betreffend
 Holzspanplatten, Holzfaserplatten und
 Platten aus Sperrholz;
Begutachtungsverfahren

Dem Verband österreichischer Händler mit Holz und Holzwerkstoffen ist der Entwurf der Verordnung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz zur Kenntnis gelangt.

Wenngleich der Verband österreichischer Händler mit Holz und Holzwerkstoffen in der Liste der Begutachter bisher nicht aufscheint, meinen wir doch, aufgrund des hohen Organisationsgrades des österreichischen Plattenhandels in diesem Verband dazu wie folgt Stellung nehmen zu dürfen.

Betreffend § 2 Abs. 1 lit. b) ist die österreichische Händlerschaft der Ansicht, daß die Zulassung von sogenannten E-3-Platten aus Gründen des Konsumentenschutzes unbedingt zu vermeiden ist. Da diese Kategorie der Spanplatten bekanntlicherweise tatsächlich sehr hohe Formaldehyd-Emissionen hervorrufen kann, erscheint uns auch eine Kennzeichnung dieser Platten entweder durch Aufdruck oder Einfärbung nicht ausreichend, um sicherzustellen, daß diese Platten tatsächlich nicht in Innenräumen verwendet werden. Aufdrucke bzw. Randbeschriftungen werden erfahrungsgemäß durch die Handhabung bzw. den Zuschnitt der Platten unkenntlich gemacht, so daß sich also die Gefahr ergibt, daß hoch emittierende Platten unsachgemäß angewendet werden. Dies könnte schließlich dazu führen, daß auch die qualitativ hochwertige und in jeder Hinsicht unbedenkliche E-1 Spanplatte, deren Verwendung außer Zweifel steht und für die auch keinerlei Ersatz im Möbelhandel möglich ist, durch die oben genannten Gründe diskriminiert wird.

- 2 -

Hinsichtlich der Zulassung von E-2 Spanplatten sind wir der Meinung, daß auch diese Qualitätskategorie sobald als möglich aus dem Handel ausscheiden sollte.

So hat sich nämlich der österreichische Plattenhandel in Abstimmung mit der österreichischen Plattenindustrie bereiterklärt, im Inland ausschließlich E-1 deklarierte Platten zu vertreiben. Dies deshalb, um jegliche auch nur geringfügige Beeinträchtigung der Verarbeiter bzw. Verbraucher von Produkten aus diesen Platten von vornherein auszuschalten.

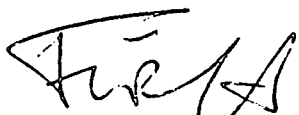
Abschließend möchten wir noch bitten, den Verband österreichischer Händler mit Holz- und Holzwerkstoffen in Zukunft bei derart weitreichenden und unmittelbar den Handel betreffenden Maßnahmen und Verordnungen in das Begutachtungsverfahren mit einzubeziehen, da wir der Meinung sind, daß eine doch recht bedeutende Berufsgruppe wie der österreichische Holz- und Plattenhandel zumindest das gleiche Interesse wie ein z.B. Österreichischer Gemeindebund bei der Begutachtung derartiger Entwürfe hat.

Wir bitten daher also nochmals, im Sinne einer konsumentenfreundlichen Verordnung über den Handel mit Spanplatten unsere obigen Vorschläge ernsthaft zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

VERBAND ÖSTERREICHISCHER HÄNDLER
MIT HOLZ & HOLZWERKSTOFFEN

Der Geschäftsführer:



Mag. A. FRÖSTL



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Stubenring 1, A-1012 Wien

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und
Industrie

im H a u s e

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
27. MAI 1986	
Zl. 33 255/8	Sektion 2. Abt.

28. MAI 1986

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Dadatschek/6648

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl,
Ihre Nachrichten vom

33255/8 III/11/86

Unsere Geschäftszahl

11.389/16-I 1/86

(0 22 2) 75 00 DW

Datum

1986-05-26

Betreff VO des BMHGI über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten, Holz-
faserplatten und Platten aus
Sperrholz;

Begutachtung

Ressortstellungsnahme

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens im Gegenstand um
Äußerung ersucht, teil das Bundesministerium für Land- und Forst-
wirtschaft mit, daß aus der Sicht seines Aufgabenbereiches ein
Anlaß zur Erhebung von Einwendungen **n i c h t** besteht.

Für den Bundesminister:

Dr. E i c h l e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!



AMT DER
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

Stubenring Nr. 1
1011 Wien

GZ Präs - 21 Ho 2 - 86/1 ✓

Ggst

Entwurf einer Verordnung des
Bundesministers für Handel,
Gewerbe und Industrie über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten,
Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz;
Begutachtungsverfahren.

Bezug: 33.255/8-III/11/86

Präsidialabteilung

8010 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

Dr. Temmel

Telefon DW (0316) 831/ 2571

Telex 031838 lgr gz a

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen
dieses Schreibens anführen

Graz, am 28. Mai 1986

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel.	02. JUNI 1986
Zl.	33 255/78
III/Sektion	8 Big.

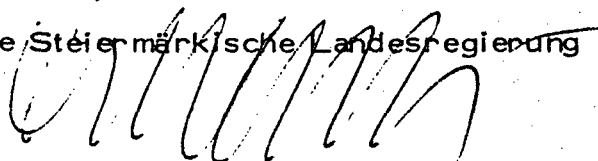
Zu dem mit do. Note vom 14. 4. 1986, obige Zahl, übermittelten
Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz
wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Eine Regelung betreffend die Begrenzung des Formaldehyd-Emissions-
verhaltens von Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus
Sperrholz ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Es sollte jedoch sicher-
gestellt werden, daß Vorschriften über eine diesbezügliche Kennzeich-
nungspflicht der Platten auch in entsprechender Weise überprüfbar sind.
Es wird daher vorgeschlagen, in die Verordnung auch eine Bestimmung
darüber aufzunehmen, in welcher Form der Produzent oder Verkäufer
derartiger Platten einen Nachweis über die Einreihung in eine bestimmte

Emissionsklasse bzw. über das Maß der Formaldehyd-Emission zu liefern hat.

Es wird angeregt, sowohl den Anwendungsbereich des § 2 als auch die Kennzeichnungspflicht auf aus den gegenständlichen Platten hergestellte Fertigprodukte zu erweitern, um dem Käufer von Fertigprodukten (z.B. Möbel aus Spanplatten) eine entsprechende Kontrolle zu ermöglichen.

Für die Steiermärkische Landesregierung



(Landesamtsdirektorstellvertreter W. Hofrat Dr. Wüst)

Österreichisches Normungsinstitut



Österr. Normungsinstitut - Postfach 130 - A-1021 Wien 2 (Austria)

Bundesministerium
für Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1011 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
27. MAI 1986	
Zl. 255/11	1. Sektion Blg.

27. MAI 1986

Ihr Zeichen/Datum
33.255/8-III/11/86

Unser Zeichen/Sachbearbeiter
424-ha-sd-sa

26 75 35
708 DW

Datum
1986 05 23

Betreff: Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz

Das Österreichische Normungsinstitut bestätigt den Erhalt Ihres Schreibens vom 14. April 1986 und darf innerhalb der offenen Frist seitens des Österreichischen Normungsinstitutes folgende Stellungnahme zum Entwurf der im Betreff genannten Verordnung abgeben:

Seite 2, Abschnitt 2, a)

Der Text wäre wie folgt zu ergänzen:

bei Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen im Normzustand die Luft eines Innenraumes

Seite 2, Abschnitt 2, b)

Der Text wäre wie folgt zu ergänzen:

einen deutlich sichtbaren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Hinweis darauf tragen, daß sie unbeschichtet wegen ihrer Formaldehyd-Emission

Anlage (§ 3)

Im 1. Satz wäre anstelle von verursachten Formaldehydkonzentration, Formaldehydemission zu setzen.

Abschnitt 1. Prüfraum:

Der 3. Satz wäre wie folgt festzulegen:

Alle Öffnungen müssen so verschließbar sein, daß der vorgesehene Luftwechsel eingehalten werden kann.

Abschnitt 1, 2. Absatz, 3. Zeile:

Anstelle von die beiden Oberflächen jeder Platte ist die beiden Breitflächen jeder Platte zu setzen.

Österreichisches Normungsinstitut



Österr. Normungsinstitut Postfach 130 A-1021 Wien 2 (Austria)

- 2 -

Abschnitt 1, 3. Absatz, 1. Satz:

Die Beladung des Prüfraumes muß je 1 m³ Prüfraumvolumen 1 m² Oberfläche ...

Weiters wäre dieser Absatz durch folgenden Satz zu ergänzen:

Jeder einzelne Plattenabschnitt hat eine Abmessung von 1 m x 2 m x Dicke; andernfalls sind die Größen anzugeben.

Abschnitt 1, 4. Absatz

Der 1. Satz wäre wie folgt zu korrigieren:

Der Prüfraum ist nach dem Beladen mit den zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserverplatten oder Platten aus Sperrholz zu verschließen und bis zum Erreichen des Ausgleichszustandes, jedoch während einer Zeitdauer von mindestens 48 Stunden und höchstens 240 Stunden bei einer Raumtemperatur ...

Seite 2 zur Anlage (§ 3), Abschnitt 2 Analysemethoden:

Der 1. Satz müßte wie folgt ergänzt werden:

Nach Erreichen des Ausgleichszustandes (Ablauf des Prüfzeitraumes) ist die ...

Am Ende dieses Abschnittes ist noch folgender Text anzuschließen:

zumindest gleichwertigen Analyseverfahren zu ermitteln und als Materialkennzahl zu verstehen.

Diese Anregungen zum Entwurf der Verordnung wurden mit dem Österreichischen Holzforschungsinstitut abgestimmt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Für den Geschäftsführer

Ing. Dr. Gerhard Hartmann

ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGSMSTITUT
DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR HOLZFORSCHUNG
STAATLICH AUTORISIERTE FORSCHUNGS- UND VERSUCHSANSTALT

Österreichisches Holzforschungsinstitut / Arsenal / Franz-Grill-Str. 7 / A-1030 Wien

An das
Bundesministerium für
Handel, Gew. und Industrie
Zu Hdn.Fr. OR.Dr. F. Smolka

Stubenring 1
1011 Wien

Bun:
für Handel,
- 3. JUNI 1986
Zl. 2 / 1 / Blg.

IHR ZEICHEN

33.255/8-III/11/86

IHR SCHREIBEN VOM

UNSER ZEICHEN

Lo

WIEN, 1986 05 30

BETRIFFT: Stellungnahme zum Verordnungsentwurf

Sehr geehrte Frau Dr. Smolka!

Wir übersenden in der Anlage unsere Stellungnahme zum Verordnungsentwurf über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz und ersuchen um Aufnahme in die Verordnung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGSMSTITUT

H. Posch
(Dipl.Ing. H. Posch)

Anlagen erwähnt

ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGSINSTITUT
DER ÖSTERREICHISCHEN GESELLSCHAFT FÜR HOLZFORSCHUNG
STAATLICH AUTORISIERTE FORSCHUNGS- UND VERSUCHSANSTALT

Österreichisches Holzforschungsinstitut / Arsenal / Franz-Grill-Str. 7 / A-1030 Wien

IHR ZEICHEN

33.255/8-III/11/86

IHR SCHREIBEN VOM

1986 04 14

UNSER ZEICHEN

DI.Po/Lo

WIEN. 1986 05 28

BETRIFFT: Entwurf einer Verordnung des Bundesministers
für Handel, Gewerbe und Industrie über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holz-
faserplatten und Platten aus Sperrholz

Dem Österreichischen Holzforschungsinstitut ist mit Schreiben vom 14. April
die Aufforderung, zu einer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten
Verordnungsentwurf zugegangen.

Das Österreichische Holzforschungsinstitut ist bereit, dazu, wie folgt,
Stellung zu nehmen:

Zum besseren Verständnis der nun folgenden technischen Korrekturen legen wir
in der Anlage auch die Kopie eines handschriftlich korrigierten Textes bei.

I. Technische Stellungnahme

Zu § 2, Punkt 1b

Die Produktion von Platten der Emissionsklasse E1 und E2 ist in Österreich
und im benachbarten Ausland als Stand der Technik zu bezeichnen, sodaß die
Aufnahme von E3-Platten ersatzlos gestrichen werden kann. Die dauerhafte
Kennzeichnung wird unter gewissen Bedingungen (dünne Platten etc.) generell
sicherlich ein technisches Problem darstellen. Nachdem die E3-Platte er-
satzlos gestrichen werden kann, würde sich die Kennzeichnungspflicht inso-
fern vereinfachen lassen, als nur mehr die E1-Platte gekennzeichnet werden
müßte und für den Weiterverarbeiter bzw. Konsumenten klar ist, daß alle
unbezeichneten Platten nicht der Emissionsklasse E1 angehören.

- 2 -

- 2 -

Aus technischen Gründen erscheint nur eine Einfärbung bzw. eine Kennzeichnung an den Schmalflächen der Platten durchführbar, eine Stempelung an den Sichtflächen der Platten würde diese für gewisse Verwendungszwecke unbrauchbar machen.

Zu § 2, Punkt 2a

hat zu lauten: zu Innenräumen im Normzustand die Luft

Zu § 2, Punkt 2b

Der geforderte deutlich sicht- und lesbare Hinweis in Form einer Stempelung würde beschichtete Platten unbrauchbar machen, falls es nicht gelingt, diesen Hinweis wiederum an der Schmalfläche anzubringen, was aus den zuvor schon genannten Gründen bei dünnen Platten technisch nicht lösbar erscheint. Sachlich ist zu diesem Punkt zu sagen, daß sicherlich E2-Platten als Trägerplatten für nachfolgende Beschichtung geeignet sind und auch imstande sind, die unter lit. a geforderte maximale Raumluftbelastung sogar zu unterschreiten, wenn alle Schmalflächen entsprechend behandelt, d.h. durch geeignete Maßnahmen gasundurchlässig gemacht werden.

Zur Anlage § 3

hat zu lauten: aus Sperrholz verursachten Formaldehydemission in der Luft

Die Prüfung ist 7 bis 14 Tage nach der Herstellungfür die genormten Prüfbedingungen.

1. Prüfraum Alle Öffnungen müssen so verschließbar sein, daß der vorgesehene Luftwechsel eingehalten werden kann.

..... die beiden Breitflächen

..... muß je 1 m³

.... unberücksichtigt. Jeder einzelne Plattenabschnitt hat eine Abmessung von 1m x 2m x Dicke; andernfalls sind die Größen anzugeben.

.... und bis zum Erreichen des Ausgleichszustandes, jedoch

- 3 -

- 3 -

..... 48 Stunden und höchstens 240 Stunden.....

2. Analysenmethoden: Nach Erreichen des Gleichgewichtszustandes

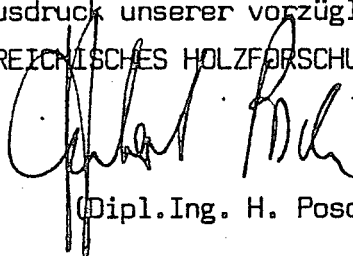
..... zu ermitteln und als Materialkennzahl zu verstehen.

II. Allgemeine Stellungnahme

Der Verordnungsentwurf ist aus der Sicht des Österreichischen Holzforschungsinstitutes sicher sehr zu begrüßen und wird dazu beitragen, die ausgebrochene und von den Medien hochgespielte "Formaldehydhysterie" zu beenden. Grundsätzlich ist jedoch zum Verordnungsentwurf zu sagen, daß er ohne das Vorhandensein des im § 3 geforderten Prüfraumes derzeit in Österreich nicht exekutierbar wäre. Ein ähnlicher, wie in der Verordnung geforderter Prüfraum ist beim Wilhelm-Klauditz-Institut in Braunschweig in der BRD installiert. Dort werden die Prüfungen für deutsche Erfordernisse durchgeführt. Die Wartezeit beträgt bis zu sechs Monate. Das Österreichische Holzforschungsinstitut möchte aus diesem Grund einen entsprechenden Prüfraum installieren und hat bereits beim Handelsminister Vizekanzler Dr. Norbert Steger einen diesbezüglichen Antrag gestellt.

Wir bitten um Aufnahme der aus der Sicht des Österreichischen Holzforschungsinstitutes notwendigen Modifikationen in die Verordnung, stehen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung und verbleiben

mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung
ÖSTERREICHISCHES HOLZFORSCHUNGsinstitut


(Dipl.-Ing. H. Posch)

Anlage

Beilage zu Zl. 33.255/8-III/11/86

E n t w u r f
V e r o r d n u n g

des Bundesministers für Handel, Gewerbe
und Industrie vom über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holz-
faserplatten und Platten aus Sperrholz

Auf Grund des § 69 Abs.1 der Gewerbeordnung 1973, BGBl.
Nr. 50/1974, wird verordnet:

§ 1. Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Holzspanplatten die in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3002, ausgegeben am 1. Dezember 1984, fallenden Platten,
2. Holzfaserplatten die im Trockenverfahren hergestellten, in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3005, ausgegeben am 1. Feber 1986, fallenden Platten,
3. Platten aus Sperrholz die in den Anwendungsbereich der ÖNORM B 3008, ausgegeben am 1. Feber 1986, fallenden Platten.

§ 2. Gewerbetreibende dürfen nur solche Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz verkaufen, die

1. in unbeschichtetem (rohem) Zustand, gemessen nach der in der ÖNORM EN 120, ausgegeben am 1. Juni 1985, festgelegten Perforator-methode, der in der ÖNORM B 3002 bestimmten
 - a) Emissionsklasse E1 angehören und mit dem deutlich sichtbaren und lesbaren sowie dauerhaft angebrachten Zeichen "E1" versehen oder grün eingefärbt sind oder
 - b) Emissionsklasse E2 oder E3 angehören und sowohl das Zeichen "E2" bzw. "E3" als auch einen Hinweis darauf, daß die unbeschichteten Platten wegen ihrer Formaldehyd-Emission nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen bestimmt sind, deutlich sichtbar und lesbar sowie dauerhaft tragen;

- 2 -

2. in beschichtetem Zustand

- a) bei Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen ^{im Normzustand} die Luft eines Innenraumes entsprechend den Prüfbedingungen des § 3 mit nicht mehr als 0,1 ppm (entspricht 0,12 mg/m³) Formaldehyd belasten können oder
- b) einen deutlich sichtbaren und lesbaren, sowie dauerhaft angebrachten Hinweis darauf tragen, daß sie ^{unbeschichtet} wegen ihrer Formaldehyd-Emission nicht zur Verwendung in Innenräumen oder mit Kontakt zu Innenräumen bestimmt sind.

§ 3. Zur Ermittlung der Belastung der Luft von Innenräumen durch von Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz emittiertes Formaldehyd ist das in der Anlage festgelegte Prüfverfahren oder ein diesem Verfahren wissenschaftlich zumindest gleichwertiges Verfahren anzuwenden.

Anlage

(§ 3)

Verfahren zur Ermittlung der von Holzspanplatten, Holz-
faserplatten oder Platten aus Sperrholz verursachten Formal-
dehyd^{emission}konzentration in der Luft von geschlossenen Räumen

Die Prüfung ist 7 bis 14 Tage nach der Herstellung der Platten durchzuführen, wobei diese zwischen Entnahme und Prüfung gasdicht zu verpacken sind (Normzustand). Die Prüfung kann bei daraus hergestellten Fertigprodukten auch zu einem anderen Zeitpunkt angewandt werden, doch ist dann die Zwischenzeit anzugeben (Istzustand). Alle Ergebnisse gelten nur für die genormten Prüfbedingungen.

1. Prüfraum:

Das Prüfraumvolumen muß mindestens 20 m³ betragen.

Der Prüfraum darf nur eine Beschickungsöffnung und die für die Prüfung notwendigen sonstigen Öffnungen aufweisen.

~~Die Beschickungsöffnung~~ ^{Alle} ~~müssen~~ ^{so} verschließbar sein, ^{dass der vorgesehene L} ^{winkel eingehalten w}

für die Entnahme einer repräsentativen Probe der Prüf-
raumluft ist eine hierfür geeignete Einrichtung vorzusehen.

Im Prüfraum dürfen sich nur Gegenstände befinden, die für die Prüfung erforderlich sind.

Die zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserverplatten oder Platten aus Sperrholz müssen so im Prüfraum situiert werden, daß jeweils die beiden ^{Brust} ~~Seiten~~flächen jeder Platte (Ober- und Unterseite) sowie die Schmalflächen jeder Platte (Plattendicke) von Luft umgeben sind. Zur Halterung und Fixierung der Platten dürfen Klammern, Greifer oder Abstützungen verwendet werden, die je Platte insgesamt höchstens 20 cm² Plattenoberfläche abdecken.

Die Beladung des Prüfraumes muß je 1 m³ Prüfraumvolumen 1 m² Oberfläche der in den Prüfraum eingebrachten Holzspanplatten, Holzfaserverplatten oder Platten aus Sperrholz betragen. Bei der Berechnung der Oberflächen der Holzspanplatten, Holzfaserverplatten oder Platten aus Sperrholz für die Beladung des Prüfraumes bleiben die Schmalflächen der Platten unberücksichtigt. ^{Jeder einzelne Plattenabschnitt hat eine Abmessung von 1 m x 2 m x Dicke; andernfalls sind die Größen anzugeben.}

Der Prüfraum ist nach dem Beladen mit den zu prüfenden Holzspanplatten, Holzfaserverplatten oder Platten aus Sperrholz ^{bis zum Erreichen des Ausgleichszustandes, jedoch} zu verschließen und während einer Zeitdauer von mindestens 48 Stunden ^{und höchstens 240 Stunden} bei einer Raumtemperatur von 23 °C ± 1 °C und einer relativen Luftfeuchtigkeit von 45 % ± 3 % verschlossen

- 2 -

zu halten. Während des Prüfzeitraums ist für einen kontinuierlichen Luftwechsel im Ausmaß von einem Wechsel je Stunde und für eine gleichmäßige Luftdurchmischung im Prüfraum zu sorgen.

2. Analysenmethoden:

Erreichen des Ausgleichszustandes
Nach ~~(Ablauf des Prüfzeitraums)~~ ist die Konzentration des Formaldehyds in der Luft des Prüfraumes nach den von der Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe der Deutschen Forschungsgemeinschaft - Arbeitsgruppe "Analytische Chemie" herausgegebenen "Analytischen Methoden" zur Bestimmung von Formaldehyd in der Luft (Band 1, Methoden 1 und 2, zu beziehen vom Verlag Chemie, D-6940, Weinheim/Bergstraße) oder nach einem diesen Methoden wissenschaftlich zumindest gleichwertigen Analyseverfahren zu ermitteln *und* *als Materialkennzahl zu verstehen.*



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 66 36 46/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie
1010 W i e n

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
3. JUNI 1986	
Zl.	33.255/8-III/11/86
Schm	

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 1548-01/86

Der RH bestätigt den Erhalt des mit do Schreiben vom 14. April 1986, GZ 33.255/8-III/11/86, versendeten Verordnungsentwurfes über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz und nimmt hiezu wie folgt Stellung:

1. Nach Auffassung des RH wird das Ziel des gegenständlichen Verordnungsentwurfes - Konsumenten vor übermäßigen Belastungen durch Formaldehyd-Emissionen ausreichend zu schützen - nicht im beabsichtigten Ausmaß erreicht, weil der Entwurf

- sich nur an Gewerbetreibende richtet

- nur den Verkauf von Platten gemäß den ÖNORMEN B 3002, 3005 und 3008 betrifft, keinesfalls aber den Verkauf von Halbfertigfabrikaten oder Fertigfabrikaten aus solchen Materialien.

2. Während weiters nach diesem Entwurf nur Platten im rohen Zustand eindeutig als unbedenklich (Emissionsklasse E 1) gekennzeichnet (eingefärbt) werden sollen und so auch für den Wiederverkäufer erkennbar sein werden, soll bei Platten in beschichtetem Zustand die Kennzeichnung nur bei Platten, die nicht zur Verwendung im Innenausbau bestimmt sind, erfolgen. Nach Ansicht des RH wird der Gewerbetreibende als Wiederverkäufer daher

- 2 -

nur sehr schwer den Nachweis führen können, daß die von ihm verkauften Platten den Prüfbedingungen des § 3 des VO-Entwurfes entsprechen.

Zweckmäßigerweise sollte daher in den Entwurf ein Hinweis aufgenommen werden, auf welche Weise der gewerbliche Wiederverkäufer die im Entwurf geforderten Bedingungen für beschichtete Platten gegenüber der Gewerbebehörde nachweisen kann, ohne daß jeweils verwaltungs- und kostenaufwendige Prüfverfahren durch die Gewerbebehörde erforderlich werden.

So wäre bereits die Feststellung, daß eine nach § 2 Abs 1 gekennzeichnete Platte der Emissionsklasse E 1 mit einer nicht Formaldehyd enthaltenden Beschichtung ohne besondere Überprüfung bereits die geforderten Bedingungen erfüllt, vereinfachend.

3. Zu dem im Entwurf angeführten Prüfverfahren wird bemerkt:

(1) Die Prüfbedingungen für die Emissionsbelastung gem § 3 setzen einen stündlichen Luftwechsel voraus. Aufgrund der Ergebnisse des Wohnbauforschungsauftrages F 827 des BMBT ("Die Luftwechselzahlen in österreichischen Wohnungen" 1985) sind derart hohe Luftwechselraten nur in vernachlässigten "Substandardwohnungen" zu erwarten. Massivbauten mit dichten Fenstern können Werte unter 0,1 Luftwechsel in der Stunde aufweisen, das ist 10 vH des angenommenen Wertes. Auf eine ausreichende Lüftung der betroffenen Innenräume wäre daher hinzuweisen.

(2) Die Laborbedingungen des Meßverfahrens nach § 3 sehen 1 m^2 Probenoberfläche je m^3 Prüfraumvolumen vor. Es wird somit das übliche Verhältnis von Plattenoberfläche (zB

- 3 -

Möbel) zum Innenraumluftvolumen zu niedrig angenommen. Im RH zB beträgt die m^2 -Plattenoberfläche der Einbauschränke und der Heizkörperverkleidung rd das 1,5 fache der m^3 Luft-raumvolumen. Dieser Wert wird noch durch die Plattenober-flächen von Schreibtisch, Beistelltisch und Aktenregale vergrößert. Um naturgetreue Verhältnisse im Meßversuch zu erreichen, sollte daher die Plattenoberfläche erhöht werden oder ein entsprechender Hinweis auf verstärktes Lüften wäh-rend der ersten Zeit der Gebrauchnahme erfolgen.

(3) Der Hinweis im § 3 auf "ein diesem Verfahren wissen-schaftlich zumindest gleichwertiges Verfahren" erscheint für eine VO als zu unbestimmt, weil die Gleichwertigkeit kaum von der Gewerbebehörde beurteilt werden könnte. Sollte in Hinkunft ein weiteres anerkanntes Verfahren entstehen, könnte dann die VO entsprechend ergänzt werden.

2. Juni 1986

Für den Präsidenten:

Schwab

Für die Richtigkeit
der Aufstellung:
Mark

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-866/1-1986

Entwurf einer Verordnung des Bundes-
ministers für Handel, Gewerbe und
Industrie über Schutzmaßnahmen be-
treffend Holzspanplatten, Holzfaser-
platten und Platten aus Sperrholz;
Stellungnahme.

zu Zahl: 33.255/8-III/11/86

Eisenstadt, am 27. 5. 1986

Telefon: 02682 - 600
Klappe 221 Durchwahl

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Eingel. 4. JUNI 1986	
Zl. 33255/8 -	17. Sektion Blg.

4. JUNI 1986

An das
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

fu

Stubenring 1
1011 Wien

Zum obbez. Schreiben beehrt sich das Amt der Burgenländischen Landes-
regierung mitzuteilen, daß der anher zur Stellungnahme übermittelte
Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspan-
platten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz vom Standpunkt der
vom ho. Amt zu wahrenden Interessen keinen Anlaß zur Geltendmachung
von Bedenken oder Abänderungswünschen gibt.

Für die Landesregierung:
i.V. Dr. Roth eh.

F.d.R.d.A.

Lein

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Zl. 65.110/8-1/86

Entwurf einer Verordnung über
Schutzmaßnahmen betreffend Holz-
spanplatten, Holzfaserplatten und
Platten aus Sperrholz;
Begutachtungsverfahren.

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie
Stubenring 1
1010 W i e n

1010 Wien, den 2. Juni 1986
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft

Min.Rat Dipl.Ing. Herbert POLZER
Klappe 54 Durchwahl

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel. 4. JUNI 1986	
Zl. 33.255/22	Sektion Blg.

Der mit Schreiben vom 14. April 1986, Zahl 33.255/8-III/11/86, übersendete Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz gibt vom Standpunkt der vom Zentral-Arbeitsinspektorat wahrzunehmenden Belange keinen Anlaß zu Bemerkungen. Es wird jedoch angeregt, den Wortlaut in Ziffer 2 der Anlage wie folgt zu ändern:

"... nach den von der Arbeitsgruppe "Analytische Chemie" der Kommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe bearbeiteten und deren Vorsitzenden herausgegebenen "Analytischen Methoden zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe" (Loseblattsammlung Band 1 "Luftanalysen" zu beziehen von der VCH Verlagsgesellschaft mbH., D 6940 Weinheim) oder nach einem diesen Methoden wissenschaftlich zumindest gleichwertigen Analyseverfahren zu ermitteln."

Für den Bundesminister:

F e l i x

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Hollenberg

Amt der Wiener Landesregierung

MD-974-1 und 2/86

Wien, 4. Juni 1986

Entwurf einer Verordnung des
Bundesministers für Handel,
Gewerbe und Industrie über
Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaser-
platten und Platten aus
Sperrholz;
Stellungnahme

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Empf. 6. JUNI 1986	
Zl.	Sektion
33.255/1	Blg.

zu Zl. 33.255/8-III/11/86

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Auf das do. Schreiben vom 14. April 1986 beehrt sich das Amt
der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im
Betreff genannten Verordnungsentwurf keine Bedenken bestehen.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Ponzner
Senatsrat

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und IndustrieStubenring 1
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-546/221-1986

Betreff

Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe
und Industrie über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten,
Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz; Stellungnahme

Bzg.: do. Zl. 33.255/8-III/11/86

Neue
Telefonnummer
(0662) 6342

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

2418/Dr. Hammertinger 4.6.1986

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Verordnungs-
entwurf teilt das Amt der Salzburger Landesregierung mit, daß
hiergegen von seinem Standpunkt aus keine grundsätzlichen
Bedenken bestehen.

Der Begriff "wissenschaftlich zu mindest gleichwertiges Ver-
fahren" im § 3 sollte jedoch näher präzisiert werden.

Für die Landesregierung:


Dr. Edelmayer

Landesamtsdirektor



Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 312/403

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1011 W i e n

A-6010 Innsbruck, am 9. Juni 1986

Tel.: 052 22/28 701, Durchwahl Klappe 152

Sachbearbeiter: Dr. Brandmayr

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Eingel. 11. JUNI 1986	
Zl. 245/26	Sektion Blg.

Betreff: Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten
und Platten aus Sperrholz;
Stellungnahme

Zu Zahl 33.255/8-III/11/86 vom 14. April 1986

Zum oben genannten Verordnungsentwurf wird folgende Stellung-
nahme abgegeben:

Zu § 1:

Das Ziel des Verordnungsentwurfes, den Verkauf formaldehyd-
haltiger Platten zu regeln, wird grundsätzlich begrüßt.

Aus dem Begleitschreiben geht jedoch nicht eindeutig hervor,
ob nur die im § 1 genannten Platten Formaldehyd enthalten,
oder ob auch noch andere Holzwerkstoffe (für die allenfalls
noch keine ÖNORM existiert) ebenfalls Formaldehyd emittie-
ren. Für den Fall, daß das zutrifft, sollte der An-
wendungsbereich der zu erlassenden Verordnung entsprechend
ergänzt werden.

- 2 -

Zu § 2:

Diese Bestimmung dürfte etwas zu eng formuliert sein. Es sollten auch alle Produkte aus Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz den in den Z. 1 oder 2 genannten Voraussetzungen entsprechen müssen. Nach dem derzeitigen Wortlaut wäre nicht ohne weiteres erkennbar, ob ein Unternehmer, der derartige Platten selbst erzeugt und zu Möbeln weiterverarbeitet, dem § 2 unterliegt, weil er ja nicht Platten, sondern Möbel verkauft.

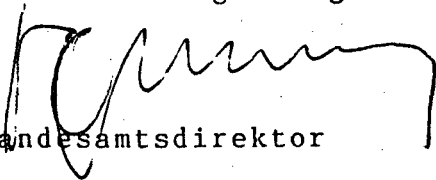
Weiters sollte geprüft werden, ob Spanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz der Emissionsklasse E3 im Hinblick auf die verbesserte Herstellungstechnologie überhaupt noch verkauft werden sollen, zumal Platten der Emissionsklassen E1 und E2 für die gleichen Zwecke wie Platten der Emissionsklasse E3 verwendet werden können.

Zu § 3:

Diese Bestimmung könnte sprachlich besser wie folgt formuliert werden:

"Zur Ermittlung des Gehaltes der Luft in Innenräumen an Formaldehyd, das von Holzspanplatten, Holzfaserplatten oder Platten aus Sperrholz emittiert wird, ist das in der Anlage"

Für die Landesregierung:



Landesamtsdirektor



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1010 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
12 JUNI 1986	
ZL.	Sektion
33.218/87	Blg.

fm

33255/8-III/11/86 KSP/Dr.E/4211/Bra 296 9.6.1986

Entwurf einer Verordnung über Schutz-
maßnahmen betreffend Holzspanplatten,
Holzfaserplatten und Platten aus
Sperrholz;
S t e l l u n g n a h m e

Der Österreichische Arbeiterkammertag begrüßt ausdrücklich, daß es nun nach langwierigen Vorarbeiten gelungen ist, einen Verordnungsentwurf vorzulegen, der das Problem der Raumluftbelastung durch Formaldehyd in Ansätzen - wenigstens was die Belastung durch Holzspanplatten betrifft - zu lösen geeignet erscheint.

Der Österreichische Arbeiterkammertag bedauert allerdings, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nicht in der Lage war, sich die Vorarbeiten des Produktsicherheitsbeirates und des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz zu Eigen zu machen und dadurch rascher zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen. Dies gilt umso mehr, als eine sehr weitgehende Übereinstimmung der interessierten bzw betroffenen Kreise bereits erreicht war.

Im einzelnen erlaubt sich der Österreichische Arbeiterkammertag, zu folgenden Formulierungen Stellung zu nehmen:

Zu § 2: Der Österreichische Arbeiterkammertag geht davon aus, daß es zweckmäßiger erschiene, nicht bloß auf das "Verkaufen" von Platten abzustellen sondern auf das "in Verkehr setzen" oder "in Verkehr

bringen" derselben. Dieser Einwand bezieht sich auch auf die Frage wirkungsvoller und möglichst wenig aufwendiger Vollziehung von Normen. Ist der Normverstoß jedoch nur feststellbar, falls die vollziehende Behörde selbst das inkriminierte Produkt "kauft" bzw. beim "Kauf"-Vorgang zugegen ist, kann mit Vollziehung nicht ernstlich gerechnet werden. Jedenfalls sollte daher nicht bloß das "Verkaufen" sondern auch das "Feilhalten" bzw. "Darbieten" und das "Verarbeiten" miterfaßt werden.

Zu § 2 lit a): Es ist vorgesehen, daß Platten mit dem Zeichen "E 1" dauerhaft zu versehen "oder" grün einzufärben sind.

Demgegenüber schlägt der Österreichische Arbeiterkammertag vor, die Formulierung dahin zu ändern, daß sie zu lauten hätte:

"...angebrachte Zeichen "E 1" vorsehen und in der Mittelschicht grün eingefärbt sind oder"

Durch diese Änderung soll sichergestellt werden, daß die Platten nicht bloß oberflächenseitig etwa grün besprüht werden und eine einfache Kontrolle (etwa durch Anbohren der Platte) kaum oder nicht möglich wäre. Überdies erscheint die bloße Kennzeichnung mit dem Zeichen "E 1" aus denselben Gründen nicht ausreichend.

Zur Prüfmethode:

Die Definition der in einem Prüfraum unterzubringenden Plattenoberfläche gibt noch zu Diskussionen Anlaß. Um Mißverständnisse zweifelsfrei zu beseitigen wird vorgeschlagen, den betreffenden Satz um das Wort "nur" zu ergänzen, so daß er zu lauten hätte: "Bei der Berechnung der Oberflächen der Holzspanplatten, Holzfasernplatten oder Platten aus Sperrholz für die Beladung des Prüfraumes bleiben nur die Schmalflächen der Platten unberücksichtigt."

Weiters wird vorgeschlagen, diesem Absatz einen weiteren anzufügen, der wie folgt lauten könnte:

"Kann der vorgeschriebene Beladungsgrad aus technischen Gründen nicht eingehalten werden, ist das Prüfraumvolumen im selben Verhältnis zu verändern."

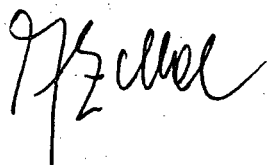
ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

3. Blatt

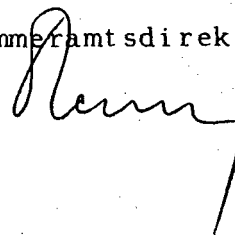
Dadurch soll sichergestellt werden, daß beim Prüfverfahren entsprechende Meßwerte erzielt werden können, auch wenn es sich um sperrige oder zu kleine Prüfobjekte bzw Stückzahlen handelt.

Abschließend weist der Österreichische Arbeiterkammertag darauf hin, daß es für erforderlich gehalten wird, in einem zweiten Schritt auch Formaldehyd-emittierende Möbel einer entsprechenden Regelung, die der hier zur Diskussionen stehenden entspricht, zuzuführen.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:



PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS

6.6.1986

G.E.: R-436/R
z.Schr.v.: 14.4.1986
G.E.: 33.255/6-III/11/86

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie
Stubenring 1
1011 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel. 12. JUNI 1986	
Zl. 33.255/6-III/11/86	Sektion b. Big.

12. JUN 1986

Betreff: Entwurf einer Verordnung des
Bundesministers für Handel,
Gewerbe und Industrie über
Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaserplat-
ten und Platten aus Sperrholz.

Su

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Handel, Ge-
werbe und Industrie bekanntzugeben, daß sie den im Betreff
genannten Entwurf grundsätzlich begrüßt.

Zu einzelnen Bestimmungen wird jedoch noch bemerkt:

Zu § 1:

Neben den im § 1 aufgezählten von dieser Verordnung betrof-
fenen Holzfaserplatten gibt es noch nach ÖNORM B 3005 Punkt
2.1.1. Naßfaserplatten. Diese als HFM-Platten bezeichneten
Produkte werden zwar in Österreich nicht hergestellt, werden
jedoch eingeführt. Die HFM-Platten (MDF-Platten Medium
Density Fibreboard) haben ebenfalls Formaldehyd-Gehalt.
Sie sollten daher in die Verordnung einbezogen werden.

Zu § 2:

Hier wird darauf hingewiesen, daß von den österreichischen
Spanplattenerzeugern lediglich Platten der Qualität E1 über

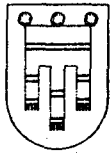
- 2 -

den Fachhandel zur Verwendung in Österreich geliefert werden. Nur geringe Mengen der Qualität E2 werden für den Export, etwa nach Italien, erzeugt. Spanplatten der Qualität E3 werden nur zu Billigpreisen importiert und sollten aus gesundheitlichen Gründen in Österreich überhaupt nicht auf den Markt kommen. Es wird daher beantragt, Erzeugnisse, die der Emissionsklasse E3 angehören, nicht zuzulassen und daher im Verordnungstext zu streichen.

Der Präsident:

Der Generalsekretär:





AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl: PrsG-6250
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am 10.6.1986

An das
Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

1011 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
13. JUNI 1986	
Zl.	Sektion
33 255/8-III	Bis.

Auskünfte:
Dr. Beer

Tel: (05574) 511
Durchwahl 2061

Sm

Betrifft: Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten
aus Sperrholz, Entwurf, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 14.4.1986, Zl. 33.255/8-III/11/86

Zum übermittelten Verordnungsentwurf ergeben sich, abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, daß die vorgesehenen Bestimmungen in der Gewerbe-rechtskompetenz nicht gedeckt sind, folgende Bemerkungen:

1. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch eine entsprechende Kennzeichnung der Platten gemäß § 2 Z. 2 lit. a erforderlich ist, um das Ergebnis der Prüfung ersichtlich zu machen.
2. Der Entwurf läßt offen, wer zur Durchführung der vorgesehenen Überprüfungen als befugt angesehen werden kann und in welcher Häufigkeit die Überprüfungen vorzunehmen sind, ob jede Charge überprüft werden muß und ob es möglich sein muß, eine Prüfbescheinigung einer bestimmten in den Verkehr gebrachten Ware eindeutig zuzuordnen.
3. Der § 2 sollte sprachlich besser abgefaßt werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

(Signature)
(Dr. Lins, Landesrat)

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**Neue Teil...
51 507 70A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9
Postfach 10**Der Leiter der Sektion III**

SCh Dr. Ent

34 1100/30-III/4/86

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und IndustrieStubenring 1
1010 W i e n

13. JUNI 1986

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel. 12. JUNI 1986	
Zl.	Sektion
	Blg.

jm

Betrifft: Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten
und Platten aus Sperrholz

Bezug: Zl. 33.255/8-III/11/86

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 14. April 1986 teilt das
Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz
mit, daß gegen den Entwurf einer Verordnung über Schutzmaß-
nahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und
Platten aus Sperrholz kein Einwand erhoben wird.

Wien, am 10. Juni 1986

Für den Bundesminister

Dr. E n t

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Winkhofer



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf einer Verordnung über
Schutzmaßnahmen betreffend
Holzspanplatten, Holzfaser-
platten und Platten aus
Sperrholz

Wien, am 11. Juni 1986
Schneider/Bgm
Klappe 2237
151 - 378/86

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1011 Wien

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
Eingel. 13. JUNI 1986	
Zl. 33.255/86	1. Sektion Blg.

12 JUN 1986

Su

Zu dem mit Note vom 14. April 1986, Zl. 33.255/8-III/11/86,
übermittelten Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen
betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus
Sperrholz beehrt sich der Österreichische Städtebund mit-
zuteilen, daß dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

(Reinhold Suttner)
Generalsekretär

REPUBLIK OESTERREICH
Bundesministerium
für Gesundheit und
Umweltschutz

1031 Wien, den 13. Juni 1986
Radetzkystraße 2
DVR: 0017191 u. 0017205
Telefon: 75 56 86-99/Serie
Auskunft: Semp
Klappe: 4113 DW

Zl.: IV-40.980/e-2b/86

Entwurf einer Verordnung des Bundes-
ministers für Handel, Gewerbe und
Industrie über Schutzmaßnahmen be-
treffend Holzspanplatten, Holzfaser-
platten und Platten aus Sperrholz;
Begutachtungsverfahren

Bundesministerium für Handel, Gewerbe u. Industrie	
Eingel. 17. JUNI 1986	
Zl.	Sektion
33.255/32	Blg.

18. JUNI 1986

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie

Stubenring 1
1010 W i e n

Bezugnehmend auf den mit do. Note vom 14. April 1986, Zl. 33.255/8-III/11/86, übermittelten Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz beehrt sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wie folgt Stellung zu nehmen:

§ 2 2 1 des Verordnungsentwurfes schreibt die in der ÖNORM EN 120 festgelegte Perforatormethode als jenes Prüfverfahren zur Bestimmung des Formaldehydgehaltes vor, nach deren Ergebnis die Feststellung der Zugehörigkeit von Platten der in § 1 genannten drei verschiedenen Arten zu den Emissionsklassen E 1 bis E 3 zu treffen ist. Die ÖNORM EN 120 selbst sieht aber nur die Anwendung dieses Prüfverfahrens für den Bereich der Spanplatten vor; ob daher diese Methode technisch ohne jegliche Modifizierung bzw. ohne Änderung der Perforatorgrenzwerte der einzelnen Emissionsklassen E 1 (< 0,1 ppm), E 2 (> 0,1 ppm bis 1,0 ppm) und E 3 (1,0 ppm bis 2,3 ppm HCHO) als auch gesetzlich verbindlich über den in der ÖNORM EN 120 festgelegten Anwendungsbereich hinaus auch für Holzfaserplatten und für Platten aus Sperrholz in der Verordnung vorgeschrieben werden kann, bedarf einer Überprüfung bzw. einer Bewertung.

- 2 -

Während die ÖNORM EN 120 neben der Entstehungsgeschichte der Norm, deren Zweck, Anwendungsbereich und Prinzip, der Probenahme und der Vorbereitung der Prüfkörper die Versuchsparameter des Prüfverfahrens nennt, nicht aber die Emissionseinteilung in E 1 bis E 3 mit den Perforatorgrenzwerten enthält, wird in der ÖNORM B 3002 ("Holzspanplatten, Arten und Anforderungen") unter Punkt 9.2 die Korrelation zwischen den Emissionsklassen und den Perforatorgrenzwerten hergestellt. Diese Angaben fehlen aber zumindest in der für Holzfaserplatten gültigen ÖNORM B 3005. Daher können für Holzfaserplatten gemessene Extraktionswerte - auch nicht unter der Voraussetzung der Anwendbarkeit der ÖNORM EN 120 auf Holzfaserplatten ohne jegliche Modifizierung mit den vorgegebenen Perforatorgrenzwerten für die drei Emissionsklassen - weder über den Verordnungsentwurf, noch über die beiden ÖNORMEN EN 120 und B 3005, die alle drei weder die Emissionsklasseneinteilung noch Korrelationen zwischen Perforatorgrenzwerten und den einzelnen Emissionsklassen enthalten - diesen Emissionsklassen zugeteilt werden.

Der Verordnungsentwurf sieht keine dezidierte Regelung vor, ob unbeschichtete und beschichtete Platten der drei Arten mit einem höheren als dem der Emissionsklasse E 3 entsprechenden Gehalt bzw. Emissionsgrad an Formaldehyd grundsätzlich verkauft bzw. verwendet werden dürfen. Die deutsche "Richtlinie über die Verwendung von Spanplatten hinsichtlich der Vermeidung unzumutbarer Formaldehydkonzentrationen in der Raumluft (Fassung April 1980)" - stellt in diesem Zusammenhang in ihrem Anhang unter Abschnitt 2, 3. Satz, fest, daß größere Emissionswerte als 2.3 ppm HCHO bzw. größere Perforatorwerte als 60 mg HCHO/100 g atro Platte bei der Klassifizierung von Roh-Spanplatten unzulässig sind. Da im Verordnungsentwurf eine ähnliche Begrenzung sowohl für unbeschichtete Platten als auch insbesondere für beschichtete Platten der drei Arten fehlt - für letztere ist gemäß § 2 Z 2 lit. b überhaupt keine obere Begrenzung der Formaldehydemission angegeben - wird empfohlen, eine diesbezügliche Feststellung in die Verordnung aufzunehmen.

Im Einleitungssatz des § 2 sollte das Wort "verkaufen" durch das Wort "abgeben" ersetzt werden.

Da in § 2 Z 2 lit. b des Verordnungsentwurfes der für eine mögliche Zuordnung dieser Platten zum Anwendungsbereich gemäß lit. a ausschließende Grund ihrer Formaldehyd-Emission nicht zweifelsfrei enthalten ist - auch Platten gemäß § 2 Z 2 lit. a können Formaldehyd emittieren -, wird empfohlen, diese Bestimmung wie folgt zu ergänzen: "... tragen, daß sie wegen ihrer größeren als in lit. a genannten Formaldehyd-Emission nicht zur ...".

Die genannte deutsche Richtlinie sieht unter Angabe von Details die Möglichkeit einer Ueberführung von Roh-Spanplatten der Emissionsklassen E 2 und E 3 durch Beschichtung oder Bekleidung in beschichtete oder bekleidete Spanplatten der Klasse E 1 vor und merkt gleichzeitig an, daß Roh-Spanplatten unbeschichtete und unbekleidete Spanplatten darstellen. Dementsprechend wäre in § 2 Z 1 des Verordnungsentwurfes als Bezeichnungen der durch diese

- 3 -

Bestimmung erfaßten Platten "Platten in rohem Zustand" und in § 2 Z 2 "Platten in beschichtetem oder bekleidetem Zustand" zu wählen.

Da gemäß § 2 Z 1 des Verordnungsentwurfes für Platten in rohem Zustand die Klassifizierung nach den drei Emissionsklassen ausschließlich nach der Perforatormethode und gemäß § 2 Z 2 für Platten in bekleidetem oder beschichtetem Zustand die Unterscheidung nach lit. a und lit. b ausschließlich nach dem Prüfverfahren zur Bestimmung der Emissionswerte gemäß § 3 des Verordnungsentwurfes vorgeschrieben werden, wäre als Folgerung § 3 geringfügig zu ergänzen:

"... von Innenräumen durch von beschichteten oder bekleideten Holzspanplatten, ...". Gleichzeitig sei aber angemerkt, daß weder der ÖNORM EN 120 zweifelsfrei zu entnehmen ist, ob sie für beschichtete/bekleidete oder nur für Roh-Spanplatten Geltung haben soll - die ÖNORM B 3002 (Holzspanplatten) grenzt wohl indirekt ihre Anwendung mit der Feststellung: "Bei unbeschichteten Platten werden die Emissionsklassen E 1 bis E 3 unterschieden (siehe Tabelle: Die Perforatorwerte in den Emissionsklassen)" auf Spanplatten in ungeschütztem Zustand ein -, daß andererseits auch die zitierte deutsche Richtlinie nicht dezidiert angibt, ob das Prüfverfahren zur Bestimmung der Emissionswerte nicht auch zur Klassifizierung von Roh-Spanplatten im Einzelfall oder generell Anwendung finden kann. (Siehe hierzu Anhang der Richtlinie, Abschnitt 2, 3. Satz:

"Bei der Klassifizierung von Roh-Spanplatten sind größere Emissionswerte als 2,3 ppm HCHO bzw. größere Perforatorwerte als 60 mg HCHO/100 g atro Platte unzulässig". Unter der Voraussetzung, daß die Perforatormethode nur auf Platten in rohem Zustand anzuwenden ist, wäre § 3 des Verordnungsentwurfes, wie oben beschrieben, zu ergänzen; unter der Voraussetzung aber, daß das Prüfverfahren zur Bestimmung der Emissionswerte auch für die Klassifizierung dieser Platten Anwendung finden kann, wäre § 2 Z 1 entsprechend zu erweitern.

Während die zitierte deutsche Richtlinie unter Angabe von Details die Bedingungen für eine Ueberführung von Roh-Spanplatten der Emissionsklassen E 2 und E 3 durch Beschichtung oder Bekleidung in beschichtete oder bekleidete Spanplatten der Emissionsklasse E 1 beschreibt, fehlen diese Ausführungen im vorliegenden Verordnungsentwurf für alle drei Plattenarten. Im weiteren wird in der deutschen Richtlinie für derart veränderte Spanplatten eine Kennzeichnung mindestens je Verpackungseinheit in der Form E 2-1 oder E 3-1 und ein diesbezüglicher Vermerk auf dem Lieferschein vorgeschrieben. Weiters sehen sowohl diese Richtlinie als auch die ÖNORM B 3002 (Holzspanplatten) die Kennzeichnung(svorschrift) von Spanplatten mit dem Zeichen E 1 b vor, wenn die Platten nach der werksmäßigen Beschichtung klassifiziert wurden. Auch diese Bestimmungen könnten in die Verordnung (auch für die beiden anderen Plattenarten) aufgenommen werden.

- 4 -

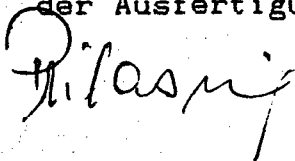
Da laut bundesdeutschen Angaben bei gleicher Fläche die Formaldehyd-Emission der Schmalflächen von Spanplatten etwa 5 x höher als die der Spanplattenoberfläche ist, sieht die Formaldehyd-Abgabe demnach wesentlich erhöht, wenn Platten-zuschnitte, im Verhältnis zur Oberfläche, eine relativ umfangreiche, unbeschichtete Kantenfläche aufweisen, sieht die zitierte deutsche Richtlinie nach den Prüfverfahren zur Bestimmung der Emissionswerte eine Normgröße von 1.0 x 2.0 m für die zu prüfenden Platten vor. Werden kleinere Platten (Anm.: zur Abgabe an Dritte) gefertigt, so muß die Beladung des Prüfraumes mit einer entsprechend der geforderten Raumbeladung größeren Anzahl dieser Platten erfolgen. Eine diesbezügliche Bestimmung fehlt in der Anlage zum Verordnungsentwurf.

Da die unter den in der Anlage des Verordnungsentwurfes genannten Bedingungen (wie z.B. Raumtemperatur, relative Luftfeuchtigkeit, Luftwechselzahl) gemessene Formaldehyd-Konzentration in der Prüfraumlufte auch von der Lagerzeit der zu prüfenden Platte im Prüfraum abhängt, sieht die zitierte deutsche Richtlinie als Versuchsparameter eine definierte Lagerzeitdauer von 240 Stunden bis zur Messung der Formaldehyd-Konzentration in der Prüfraumlufte vor. Die in der Anlage des Verordnungsentwurfes festgelegte Zeitdauer von mindestens 48 Stunden wäre daher auf die Angabe einer dezidierten Zeitdauer abzuändern; aus Gründen der Harmonisierung der Prüfbedingungen mit der deutschen Richtlinie wird eine Zeitdauer von 240 Stunden vorgeschlagen.

Für den Bundesminister:

S c h a c h i n g e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-399/5/1986

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Betreff: Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für
Handel, Gewerbe und Industrie, über Schutzmaß-
nahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten
und Platten aus Sperrholz;

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

Bezug: Stellungnahme

Eingel. 19. JUNI 1986	
Zl.	Sektion
	Btg.

An das

20. JUNI 1986

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

1011 WIEN

Zu dem mit do. Schreiben vom 14. April 1986, GZ. 33.255/8-3/11/86, übermittelten Entwurf einer Verordnung über Schutzmaßnahmen betreffend Holzspanplatten, Holzfaserplatten und Platten aus Sperrholz, teilt das Amt der Kärntner Landesregierung nachfolgendes mit:

Der vorliegende Entwurf geht von der Annahme aus, daß es auch in Zukunft bei der Produktion von Holzplattenmaterial Qualität mit verschiedenen Formaldehyd-Emissionswerten geben wird.

Es wäre allerdings in diesem Zusammenhang zu überlegen, ob nicht generell für Innenräume E 1-Platten verlangt werden sollten, weil offensichtlich in Österreich ohnehin praktisch nur mehr Platten mit einer derartigen Qualität erzeugt werden. Eine solche Regelung würde in Hinkunft aufwendige Prüfungen ersparen und gleichzeitig

- 2 -

eine Anhebung des Qualitätsstandards mit sich bringen, ein Standard, der anscheinend derzeit von Österreichischen Erzeugern ohnehin geboten wird.

Klagenfurt, 1986-06-13

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Müller